

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 16. Juni 1931

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 16. Juni 1931

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 16. Juni 1931

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 16. Juni 1931

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 16. Juni 1931

Nr. 137

Dienstag, den 16. Juni 1931

26. Jahrgang

Beruhigung im Reiche

Bermeidung einer Reparations-Krise — Vertrauensfundgebung für Dr. Brüning

Die Hildesheimer Zentrumstagung

Hildesheim, 14. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages und der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hielten hier eine Beratung über die politische Lage ab, die der Vorsitzende der Partei, Prälat Kaas, leitete. Reichskanzler Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald erstatteten einleitend Berichte. Der Reichskanzler fand für seine Politik volles Verständnis und einmütige Anerkennung. Für die unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen für die schweren Aufgaben der kommenden Monate brachte die Tagung dem Reichskanzler uneingeschränktes Vertrauen entgegen. Die einmütige Auffassung der Zentrumsfraktion und des Parteivorstandes wurden in einer Entscheidung festgelegt, in der es u. a. heißt:

Gegen Einzelheiten der Notverordnung bestehen auch in der Zentrumspartei stärkste Bedenken. Um aber die Nation zu erhalten, um das Absinken in ein finanzielles und wirtschaftliches und damit politisches Chaos zu vermeiden, stützt die Zentrumspartei auch heute die Reichsregierung und spricht insbesondere dem Herrn Reichskanzler und den der Partei angehörenden Mitgliedern des Kabinetts ihre hingabe und opfervolle Arbeit ihren Dank aus. Sie tut dies auch in der Erwartung, daß durch die Zusammenfassung aller Kräfte im gegenwärtigen Augenblick am raschesten eine Lage geschaffen wird, die die Milderung der größten Härten der Notverordnung ermöglicht. Die Zentrumspartei weiß, daß die Reichsregierung unter Würdigung aller Möglichkeiten den Weg für eine durchgreifende Erleichterung untragbarer Reparationslasten vorbereitet und betreten hat. Die Zentrumspartei stützt die Regierung in diesem Bemühen, weil nur bei einer baldigen Lösung der Reparationsfrage die wirtschaftliche und politische Beruhigung eintreten kann. Die Einberufung des Reichstages gefährdet die nationale Arbeit der Reichsregierung. Die Zentrumsfraktion wird deshalb die Einberufung ablehnen. Die Zentrumspartei kämpft mit allen Outgesinnten in der deutschen Nation für die Erhaltung und die Befreiung des Vaterlandes. Die Not der Nation muß die Gegensätze endlich überbrücken. Deutschland muß in der Stunde der Gefahr ein starkes und einig Geschlecht finden. Wir sind zu gemeinsamem Handeln bereit.

Den Schluß der Zentrumstagung bildete heute abend eine große öffentliche Kundgebung, auf der Reichsminister Dr. Wirth

in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede den Inhalt der Notverordnung erörterte, so weit sie die breiten Massen trifft. Gewiß sei diese Maßnahme, so führte der Minister aus, auch innerhalb der Partei vielfach auf Widerstand gestoßen. Auch sei der feilsche Rot der Bevölkerung der Reichsregierung durchaus bekannt. Aber eben deswegen werde sie es vermeiden, sich in eine Katastrophenvollstreckung hineintreiben zu lassen, die nur zum Chaos führen könne. Der entscheidende Schritt zur Revision der Tributzinsen sei getan. Ueber diese Frage gebe es keine Meinungsverschiedenheiten, nur der Weg zur Befreiung sei noch umstritten. Schon die Vergangenheit habe gelehrt, daß eine Gewaltspolitik nicht zum Ziele führen könne. Der Minister bezeichnete die Unterredung von Chequers als den endgültigen Ausweg aus der Isolierung Deutschlands und betonte, daß eine Politik der Abweisung und des Widerstandes Deutschland auf Jahre wieder zurückwerfen könne. Zur Frage der Einberufung des Reichstages sagte der Redner, daß seiner Meinung nach in diesem Verlangen der deutliche Ausdruck eines fieberhaften Zustandes liege. Die Haltung der Deutschen Volkspartei müsse als äußerst bedenklich bezeichnet werden. Schon die Absicht, die Aufhebung der Notverordnung im Reichstage durchzuführen, habe dem deutschen Volk 250 Millionen Goldmark gekostet.

Dr. Wirth mahnte, Ruhe zu bewahren und vor allem den von interessierter Seite ausgehenden Warnmeldungen über Anrühen und Selbstkonfiskationen entschieden entgegenzutreten. Wie die Entscheidung ausfallen möge, die Reichsregierung werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Autorität des Staates zu erhalten wissen. Kommen Sozialdemokra-

tie und Deutsche Volkspartei zu einer anderen Lösung, als sie die Zentrumspartei wünscht, dann müsse allerdings das Zentrum die Verantwortung für das Kommando ablehnen.

Am Nachmittag hatte kurz vor seiner Abreise der Reichskanzler an die katholischen Arbeiter einige Worte über die Notverordnung gerichtet. Der Kanzler hatte betont, daß die Maßnahmen nicht deshalb getroffen worden sei, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern. Es gehe aber um die Frage des Weiterbestandes des ganzen Volkes und darum, den Boden zu bereiten, auf dem der Weg zur Senkung der Lasten gefunden werde. Wenn wir gefunden wollten, müßten Opfer gebracht werden, und zwar von allen Schichten der Bevölkerung.

Die Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Dingeldey

Bermeidung der akuten Krise wahrscheinlich?

Berlin, 14. Juni. Ueber die Unterredung, die der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, am Sonnabend mit dem Reichskanzler auf der Fahrt nach Hannover über die politische Lage gehabt hat, erzählt die „Kölnische Zeitung“ aus maßgeblichen volksparteilichen Kreisen, daß im Mittelpunkt der Erörterungen die von der DVP. aufgeworfenen drei Hauptfragen standen: einmal, in welcher Weise die Frage der Tributrevision so schnell und so nachdrücklich wie irgend möglich vorwärtsgebracht werden könne, besonders nachdem die seit Chequers eingetretene veränderte Divisidenlage die Situation für Deutschland erneut verschärft habe, sodann die Frage der Sicherung des Zieles der Notverordnung durch organische Reformen und einen einheitlichen Finanz- und Wirtschaftspland, endlich die Frage der Gewinnung der besten Männer zur erfolgreichen Durchführung dieser Aufgaben, besonders auch solcher Persönlichkeiten, die parteipolitisch nicht gebunden seien. Ueber die entscheidende Bedeutung dieser Fragen für unsere ganze Zukunft habe keinerlei Meinungsverschiedenheit geherrscht. Es sei nicht ausgeschlossen, daß bei den am Montag fortzuführenden Verhandlungen eine Annäherung der Auffassung erzielt und damit eine akute Krise verhindert werde. Die Bedeutung der Aussprache liege vor allem darin, daß die sachlichen Gesichtspunkte wieder in den Vordergrund gestellt worden seien, die durch allerlei tendenziöse Machenschaften der letzten Tage hinter personellen Fragen zurückgedrängt worden seien. Sei man sich über Ziel und Weg einig, dann werde die Lösung der Personenfrage sich voraussichtlich ohne Schwierigkeiten ergeben.

Die Haltung Washingtons

In Washingtoner politischen Kreisen erregt eine Meldung aus Paris gewisses Aufsehen, wonach die Reichsregierung beabsichtige, einen Schuldenkonvertierungsplan vorzulegen. Unterstaatssekretär Castle erklärte auf einem Presseempfang, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten gegebenenfalls der Notwendigkeit einer Veränderung ihrer Politik in der Schuldenfrage nicht verschließen würde, falls eine Krise eintrete. Dieser Fall sei jedoch nach Ansicht der Washingtoner Regierung nicht gegeben.

Die Deutsche Volkspartei unter Druck

Berlin, 18. Juni. Das Hauptinteresse politischer Kreise konzentriert sich weiter auf die Frage, ob die Deutsche Volkspartei am Montag auf ihrem Beschluß vom Donnerstagabend bestehen oder sich bereit finden wird, ihn zu revidieren. In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, rechnet man schon damit, daß die Deutsche Volkspartei auf die Einberufung des Reichstages verzichten wird. Dieser liegen für diese Auffassung nur stimmungsmäßige Anzeichen vor, die man vor allem in dem ersten Eindruck zu finden glaubt, den der starke Devisenabzug der letzten Tage allgemein gemacht hat. Aus dem Kreis der Fraktionsminderheiten sind auch Bemerkungen im Gange, die eine Plattform für die Aenderung des Donnerstag-Beschlusses suchen. Am Montag wird der Reichskanzler voraussichtlich Gelegenheit nehmen, noch einmal mit dem Führer der Deutschen Volkspartei zu sprechen. Wenn der Kanzler auf die beachtlichste große Hildesheimer Rede verzichtet hat, so hat das seinen Grund wohl darin, daß er alles vermeiden will, was die Situation weiter verschärfen könnte. Er verspricht sich offenbar mehr von

einer neuen persönlichen Aussprache. In Regierungskreisen wird allerdings betont, daß Dr. Brüning gerade nach dem Besuch in Meudon nicht daran denkt, sachlich etwas von seinem Standpunkt und namentlich von der Notverordnung aufzugeben. Die Schwierigkeiten liegen ja vor allem darin, daß die Wünsche der Deutschen Volkspartei und die der Sozialdemokraten ziemlich weit auseinandergehen. Es gibt deshalb bereits Kreise, die die Ansicht vertreten, das Beste Kompromiß sei, die Notverordnung so zu lassen, wie sie ist, zumal das dem entsprechen würde, was die Reichsregierung will. Vorläufig wird aber von den Parteien noch bestritten, daß sie sich darauf einlassen können. So kann man nur abwarten, bis die Pause vorüber ist, die durch die Hildesheimer Zentrumstagung eingelegt wird. Die Besprechungen, die für Montag in Aussicht genommen sind, bringen vielleicht Klarheit.

Kürzung der hohen Pensionen

Erklärungen Stegerwalds

Berlin, 18. Juni. Auf eine Anfrage des Generalsekretärs der Deutschen Zentrumsfraktion, Herrn Dr. Bodel, warum man zwar die Renten der Kriegbeschädigten, nicht aber die hohen Pensionen gekürzt habe, antwortete laut einer Meldung der „Germania“ Dr. Stegerwald, ein Pensionskürzungs-gesetz liege gegenwärtig dem Reichstag vor. Seine Verabschiedung sei aber noch ungewiß, weil eine Zweidrittelmehrheit dafür erforderlich sei. Alle zuständigen Stellen seien übereinstimmend der Auffassung, daß ein Sondergesetz zur Kürzung der hohen Pensionen als gegen die Reichsverfassung verstößend vom Reichsgericht als rechtswidrig erklärt werden würde. Bei solcher Sach- und Rechtslage habe in der Notverordnung nichts für eine Kürzung der Pensionen gesehen können. Der gegenwärtige Zustand sei aber in der Tat untragbar. Es gebe heute Pensionäre, die höhere Pensionen als die aktiven Reichsminister an Gehalt bezögen. Die Reichsminister hätten heute rund 30 Prozent weniger Gehalt als im Vorjahr. Die Reichsregierung werde die hohen Pensionsbezieher von diesem Sachverhalt in Kenntnis setzen und sie fragen, welche Konsequenzen sie daraus zu ziehen gedächten. Die Antworten würden zweckmäßig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Inzwischen müsse auf die Parteien nachdrücklich eingewirkt werden, daß sie das Pensionskürzungs-gesetz baldigst mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit verabschiedeten.

Reichsbankdiskont 7 Prozent

Berlin, 12. Juni. Die Reichsbank hat mit Wirkung ab heute den Wechseldiskontsatz um 2 v. H. von 5 auf 7 v. H., den Lombarddiskontsatz von 6 auf 8 v. H. erhöht. Die Tatsache, daß die Reichsbank sich zu einem energischen Vorgehen entschlossen hat, wirkte ebenfalls beruhigend auf die Stimmung.

Ein kanadischer Vorschlag zur Streichung der Reparationen

Ottawa, 18. Juni. Im kanadischen Unterhaus machte der Liberale C. J. Young den Vorschlag, Kanada sollte der übrigen Welt mit der Streichung der Reparationen vorangehen. Reparationen und Hochzölle, erklärte Young, seien das größte Hindernis für eine Erholung der Wirtschaft. Kanada sollte daher Deutschland eine Quittung über die ihm geschuldeten Reparationszahlungen schicken.

Tagung des Österreichisch-Deutschen Volksbundes

Gleiwitz, 14. Juni. Unter dem Vorsitz von Reichstagspräsident Böhme hielt der Österreichisch-Deutsche Volksbund heute hier seine Bundestagung ab. Es wurde beschlossen, sich bei den zuständigen Reichsstellen für eine Novellierung des Gesetzes über die Reichs- und Staatsangehörigkeit in dem Sinne einzusetzen, daß die Einbürgerung der Oesterreicher in Deutschland beschleunigt und die Entlassung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei gemäß Artikel 13 des deutsch-tschechischen Staatsvertrages überfällig wird.